

Staatliche Eingriffe in den Wohnungsmarkt

Staat vergünstigt und verteuert das Wohnen

Schweiz Mittwoch, 5. März, 10:30



Der Genfer Wohnungsmarkt hat eine eigene Dynamik und beachtliche Gebäude wie Les Avanchets in Vernier. (Bild: Yannick Bailly / Keystone)

Davide Scruzzi

Die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt hat das Thema Wohnbauförderung auf allen staatlichen Ebenen in die politischen Traktanden gebracht. So hat Bundesrat Johann Schneider-Ammann Gesetzesänderungen vorgeschlagen, die mehr Transparenz über den vorhergehenden Mietzins und energetische Subventionen an die Eigentümer bringen sollen. Auch wird geprüft, ob Liegenschaften der SBB oder der Armee günstig an Wohnbaugenossenschaften oder für städtische Wohnungen abgegeben werden müssten. Über weitere Massnahmen wird in einem wohnpolitischen Dialog diskutiert, um seitens des Bundes Handlungsempfehlungen zu formulieren.

Dies scheint auch nötig. Auf kommunaler Ebene ortet nämlich Thomas Röthlisberger vom Büro IC Infraconsult in einer vom Bund in Auftrag gegebenen Studie in 90 Prozent der grösseren Städte politische Vorstösse, die günstigen Wohnraum zum Ziel haben, zum Teil aber den Weg dahin nicht aufzeigen. Raumplanerische und bodenpolitische Massnahmen seien bisher die wichtigsten Zweige der Wohnbaupolitik gewesen. Auch bei den nun geplanten Aktivitäten liege der Akzent stark bei raumplanerischen Massnahmen und der vergünstigten Abgabe von Land an gemeinnützige Wohnbauträger (etwa Genossenschaften), die bereits durch vergünstigte Kredite von Bund sowie Kantonen und Gemeinden gefördert würden. Aber auch der Bau von eigentlichen städtischen – zum Teil vergünstigten – Wohnungen sei weiterhin vielerorts geplant, so Röthlisberger. Just diese Form hat jüngst in Bern für Schlagzeilen gesorgt, nachdem klar wurde, dass mehr als die Hälfte der Bewohner finanziell so situiert ist, dass kein Anrecht auf Verbilligung besteht.

Oft wird darauf hingewiesen, dass günstiger Wohnraum auch eine Frage der Effizienz ist, etwa standardisierter Bauformen. Allerdings beklagen sich just Unternehmer aus diesem Segment privatwirtschaftlich günstiger Wohnungen, dass die Bodenpreise zunehmend ein Problem darstellten, das sich aufgrund der Baureglemente nicht einfach durch mehr Geschosse umgehen lasse. Der Hauseigentümerverband weist auf Vorschriften in den Bereichen Sicherheit, Energie und Umwelt als preistreibende Faktoren hin. So trägt der Staat selbst zum Steigen der Wohnkosten bei.

MEHR ZUM THEMA

Subventionierter Wohnungsmarkt

Genf geht mit gutem Beispiel voran

Mittwoch, 5. März, 10:30

Tessin

Luganos Wohnnot ist eher neu

Mittwoch, 5. März, 10:30